

Atommüllendlager Schacht Konrad im Spiegel von Kirche von Unten

zusammengestellt von Dietrich Kuessner

Am 25. März 1987 beschließt die Propsteisynode Salzgitter-Lebenstedt eine Erklärung, in der es u.a. heißt:

„Die Errichtung dieses Endlagers in unserer Stadt schafft ein Gefahrenpotential, mit dem noch viele Generationen nach uns werden leben müssen...Die Diskussion um die geplante Trasse für die Transporte der radioaktiven Abfälle hat zusätzlich verunsichert und Zweifel aufkommen lassen, ob das Wohl und die Gesundheit der hier lebenden Menschen genug Berücksichtigung finden...Ein Bundesendlager im Schacht Konrad wäre nicht nur ein unerträglicher Gefahrenherd für die Stadt Salzgitter, den Kreis Wolfenbüttel, die Stadt Braunschweig, sondern es wird auch gebraucht, um trotz der Erfahrungen von Harrisburg und Tschernobyl in der Bundesrepublik Deutschland langfristig das Kernenergieprogramm fortzuführen und auszubauen. Dies lehnen wir ab. Wir bitten die zuständigen Kommunalverwaltungen und Politiker alles in ihrer Macht Stehende zu tun, damit es nicht zu einem Bundesendlager für radioaktive Abfälle im Schacht Konrad kommt. Wir bitten alle Kirchengemeinden.. in christlicher Verantwortung mit ihren Möglichkeiten für die Bewahrung der Schöpfung einzutreten. „Das Gebet des Gerechten vermag viel, wenn es ernstlich ist“ (Jakobus 5,16). Wir brauchen nicht zu resignieren.“

(KvUHet 23 Juni 1987)

Die 1983 gegründete Friedensinitiative in der Braunschweiger Landeskirche betrachtet die Umweltfrage als Friedensfrage. Die Einlagerung von Atommüll bedeutet Krieg gegen die Schöpfung Gottes. Die Produzierung und Lagerung von Atommüll ist wie die Herstellung und Stationierung von atomaren Massenvernichtungsmitteln Gotteslästerung. Der Schacht ist der Götze der Atomindustrie, der nur mit Beten und Fasten ausgetrieben werden kann. Es finden daher in der Fastenzeit 1987 Gottesdienste am Schacht statt, die u.a. von den Pfarrern Freiesleben, Barsnick und Fay gestaltet und in Heft 22 Mai 1987 beschrieben werden. „Der Götze Atomkraft wackelt zwar, aber er weicht noch lange nicht.“

„Lasset uns in Frieden den Herrn anrufe«, dass Gott die Regierenden leiten möge, die Schöpfung zu bewahren, für Recht zu sorgen und dem Frieden aller zu dienen. Lasset uns den Herrn anrufen: Herr, erbarme dich.

Für alle, die sich seit Jahren einsetzen für die Erhaltung des Friedens und den Schutz der Umwelt, dass sie nicht verbittert werden, sondern erfahren, dass es, um auszuhalten, nicht nötig ist, Erfolge vorzuweisen: Lasset uns den Herrn anrufen: Herr erbarme dich.“

Aus dem Fürbittgebet zu Mt. 22 gesprochen an einer der fünf Stationen bei Schacht Konrad Heft 22 Mai 1987

Die Gottesdienste werden den Sommer und Herbst 1987 fortgeführt. Am 3.9. spricht Prof. Zimmerli während der Jubiläumswoche der Friedensinitiative über „Ist die friedliche Nutzung der Kernenergie moralisch vertretbar?“

Christa Schneider, Braunschweig in „5 Jahre Friedensinitiative“ „Immer wieder dieser Absatz: „Wir halten eine Bejahung des Gleichgewichts des Schreckens und die Befürwortung von ABC –Waffen für eine Lästerung Gottes und ein Vergehen an Gottes Schöpfung“. Keine große Namen als Unterzeichner, wir - eine Friedensinitiative in der Landeskirche - Unbekannte. Ich möchte dazugehören, erkläre meinen Beitritt.“

(KvU Heft 24 August 1987)

Inzwischen hat sich die Lage verschärft durch die imperiale Vorherrschaft der USA und deren irrationalen Rüstungsaufträgen von 400 Milliarden Dollar im Jahre 2002, den Einsatz von atomaren

Waffen im Kosovokrieg und Herstellung atomarer bunkerbrechenden Bomben, sowie in Deutschland durch eine Verlängerung des Ausstiegs aus der Atomindustrie erst nach 30 Jahren.

In Heft 43 März 1990 S. 34ff Eberhard Fincke „Kernkraft kontra Klima-Katastroph“ und ein von Harmut Barsnick übersetzter Artikel aus Milwaukee Journal 11.12.89 „Nuklear wast hangs on fbrever“ (S. 37 ff)

Heft 40 September 1989 ist ein Themenheft zu Schacht Konrad, in dem sich die Aktionsgemeinschaft Schacht Konrad e.V., E. Fincke, A. Fay, H. Erchinger, H. M. Gutmann und der Dominikanerpater B. Hohmann vor allem mit theologischen Gründen zur Konrad Problematik äußern. „Wir können aufstehen gegen die wirtschaftlichen und politische Machtgruppen, die sich zum Herrn der Zeit und des Lebens aufschwingen. Gott ist allein Gott. Das befreit uns zum mutigen Bekennen und Handeln gegen die wackelnden Götzen.“ H.M. Gutmann (S. 30)

In Heft 44 April 1990 S. 37f Brief von Dr. Kurt Dockhorn an OLKR Dr. Niemann, in dem er die Ablehnung einer Mitarbeit in einem Arbeitskreis Schacht Konrad begründet. Alle Fachargumente wären ausgetauscht, das ökumenische Gutachten „Das Nein der Christen zur Endlagerung“ läge vor. „Die Entscheidung fällt auf der politischer Ebene, nicht auf der Ingenieursebene. Es geht nicht um eine Abwägung darüber, ob das Projekt sicher genug ist oder die Risiken zu groß sind, sondern um eine politische Entscheidung darüber, wie es mit der Atomenergie weitergeht. Und da sollte die Kirche allerdings sich selber nötigen, unmissverständlich Stellung zu beziehen.“

Tobias Hartmann „Delegation Schacht Konrad“ der EJ Bayern.“ Die Gruppe besucht vom 28.-30. April 1990 die Landeskirche, übernachtet in der Propstei Vechelde, informiert sich über die Asseproblematik in der Thomaskirche, Wolfenbüttel, macht eine Ortsbegehung des Konradgeländes mit Frau Streich und Herrn Maschke, und in einem Gespräch im Haus Kirchlicher Dienste mit OLKR Becker, LKR Hampel und Herrn Casimir, macht Herr OLKR Becker deutlich, dass auch er Konradgegner sei, aber das Landeskirchenamt erst tätig werden könne, wenn es von der Synode einen Auftrag erhalte. Albrecht Fay berichtet am letzten Abend „über die Entwicklung des kirchlichen Widerstandes im norddeutschen Raum seit 1976 und dann besonders in unserer Landeskirche.“ Heft 45 Mai/Juni 1990 S. 14 ff

Aus der Standortbestimmung der Friedensinitiative in der Braunschweiger Landeskirche Mai 1990:
„...Obwohl die militärische West-Ost-Konfrontation sinnlos geworden ist, halten die Staaten, vor allem der Westen, an der Hochrüstung fest. Massive wirtschaftliche Interessen hängen daran. Dabei fordern wir nach wie vor Abrüstung und Umwidmung der Rüstungsgelder zur Bekämpfung von Hunger, Arbeitslosigkeit und Zerstörung der Natur. Jeglichen Rüstungsexport lehnen wir bedingungslos ab.

Es gilt, den Widerstand gegen Atomwirtschaft zu verstärken..“

(Marlis Fay-Rautenberg, Anette Prübe, Detlef Schumacher, Hartmut Barsnick in: KvU 46 August 1990 S.12f)

Vikar Axel Bothe schreibt im Mai 1991 einen Brief an alle MitvikarInnen, möglichst viele Einwendungen gegen Schacht Konrad zu sammeln. KvU Heft 53 Juni 1991.

Axel Bothe ist seit 1996 Pfarrer des Pfarrverbandes Gr. Dahlum-Schliestedt

Bericht über die mehrtägige Umweltsynode im Mai 1991, die vom frisch gegründeten synodalen Arbeitskreis Solidarische Kirche durchgesetzt war mit Berichten über umweltkritische Brennpunkte in der Landeskirche und einem Referat von Prof. Altner, Heidelberg, Die Synode war vom Gemeindeausschuß unter Leitung von Pfr. H.Liersch vorbereitet worden und ist in einer 149 seitigen Dokumentation mit Berichten, Beschlüssen und Verlaufsprotokollen unter dem Titel „Verantwortung für Gottes Schöpfung“ nachzulesen. Schacht Konrad steht im Brennpunkt des Interesse, und wird in einer der 6 Arbeitsgruppen behandelt. Pfr. Harald Welge trägt darin den Beschluß der Propsteisynode Salzgitter-Bad vom 13.2.1991 vor.

„Deshalb fordern wir zur Bewahrung von Gottes Schöpfung, die Förderung, den Ausbau und die Nutzung regenerierbarer Energieträger sowie verstärkte Bemühungen um Energieeinsparung, damit schnellstens auf die wegen ihrer langfristigen Folgen nicht verantwortbare Kernenergie-Technik verzichtet wird und den grundsätzlichen Verzicht auf eine Endlagerung radioaktiver Abfälle in Schacht Konrad....“

Mit 4 Gegenstimmen und drei Enthaltungen macht sich die Landessynode den Beschluß der Propsteisynode Salzgitter-Bad zu eigen. Die bestehende betreiberfreundliche Schacht Konrad Kommission in der Landeskirche löst sich auf, es wird eine Kammer für Umweltfragen gebildet, (siehe KvU Heft 53 Juni 1991 S. 36 ff „Die Landessynode im Mai 1991)

Heft 54 Juli August 1991 S.45 ein Muster zur Erhebung von Einwändungen

Beim Gemeindefest der Pauligemeinde, Braunschweig malt die Frauengruppe ein großes Transparent „Schacht Konrad - Einwändungen bis 15.7.“ und hängt es an der Paulikirche auf, dazu ein munteres Bänkellied, Eine Leserbriefekampagne in der BZ macht die Sache zusätzlich pubük. (KvU Heft 55 September 1991 Herbert Erchinger „Kirche als Litfassäule?“)

Eberhard Fincke dokumentiert seine Einwände beim Erörterungstermin vom 6.11.1992

(in Heft 64 November 1992 S 13-25) und veranschaulicht die fünf zu beachtenden Grundprinzipien an den fünf Fingern. Pfr. Babke argumentiert beim Erörterungstermin vor allem ethisch. Wortmeldung auf dem Erörterungstermin am 20.2.1993 vom Umweltbeauftragten Pfr. Friedrich Krüger, die im Heft 67 Mai 1993 auf 110 Seiten dokumentiert wird. Sie beginnt folgendermaßen: " Die Landeskirche erhebt Einwändungen innerhalb des Planfeststellungsverfahrens... Die Ev.-krth. Landeskirche ist für den Fall der Errichtung eines Endlagers für radioaktive Abfälle in Schacht Konrad unmittelbar in ihren Interessen und Rechten betroffen."

Es wirkt schon sehr eigenartig, wenn sich die Kirchenregierung 10 Jahre später weniger betroffen zeigt, obwohl sich nichts geändert hat.

Propst Schinke trägt am 26.5.1994 der Landessynode einen Antrag der Propsteisynode Salzgitter-Bad vor, in dem es heißt: „Wir bitten das Landeskirchenamt und die klagebefugten Kirchengemeinden nachdrücklich, im Falle der Genehmigung des Endlagers den beschrittenen Weg zu Ende zu gehen und Klage gegen den Genehmigungsbescheid falls erforderlich durch alle möglichen Instanzen zu erheben.“ Der Gemeindeausschuß unter Liersch befürwortet den Antrag, die Umweltkammer unter Lüers enthält sich einer Stellungnahme, obwohl Lüers scharf gegen die Befürwortung des Gemeindeausschusses ist,

die Oberlandeskirchenräte Dr. Fischer und Niemann, sowie der Synodalpräsident Eckels melden erhebliche Bedenken an. Auch gegen den Kompromissvorschlag des Synodalen Staatsanwalt Wilfried Klebe, eine Klage zunächst nur zur Fristwahrung zu beschließen, sträubt sich OLKR Niemann mit Händen und Füßen, aber dieser Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

(ausführliche Darstellung in KvU Heft 73 Juni-August 1994 „Auf dem Weg zu mehr Gerechtigkeit“ S. 14 f)

Erst neun Jahre später haben OLKR Dr. Fischer und Synodalpräsident Eckels das kirchenpolitische Ziel, eine Klage zu verhindern, unter auf allen Ebenen veränderten personellen Bedingungen erreicht.

Während der Haushaltssynode im November 1994 fragt Propst Schinke ungerührt vom Widerstand der Juristen nach finanzieller Unterstützung für das rechtliche Vorgehen gegen die Atommülldeponierung in Schacht Konrad. OLKR Niemann gab einen ausführlichen Sachstandbericht.

(KvU heft 75 November 1994 S. 54)

Mit der Ablösung der für die Landeskirche mit der Klage befassten betreiberkritischen Juristin Rülle - Hengesbach und der Übertragung der rechtlichen Vertretung des Landeskirchenamtes durch die Nobelkanzlei Appelhagen in Braunschweig sind die Kirchenjuristen ihrem Ziel ein großes Stück näher gekommen.

Herr Koch von der Kanzlei Appelhagen rät der Kirchenregierung in der entscheidenden Sitzung im Juli 2003 von einer Klage Abstand zu nehmen.